
Slowakei

Ol'ga Gyárfášová

Einleitung

Im September 2004, kurz nach dem Beitritt der Slowakei zur Europäischen Union und zur NATO, veranstaltete das Institut für öffentliche Angelegenheiten in Bratislava eine Konferenz mit dem ungewöhnlichen Titel „Slowakei im Luftzug. Kulturelle und zivilisationsbedingte Herausforderungen und aufgehende Bruchlinien nach dem EU-Beitritt“. Der Name der Konferenz ist sehr populär geworden. „Luftzug“ ist eine Metapher für den aktuellen Zustand: Die Tür wurde geöffnet – frischer Wind kam herein, was für viele etwas Neues, Bewegendes und Herausforderndes ist. Aber andererseits fühlen sich auch viele dabei unwohl. Sie haben Angst, sich an der frischen Luft zu erkälten und würden die Tür lieber wieder schließen, um weiterhin in bequemer Abgeschlossenheit zu leben.

Was bedeutet diese neue Situation für die Slowakei? Wie wird sie von der Bevölkerung empfunden? Was bedeutet die gegenwärtige Situation für die Identität der Slowaken? Muss die Identität neu definiert werden? Welche Rolle spielen dabei die Geschichte und die Probleme der Vergangenheit? Wird die europäische Identität bestimmend sein? Und: In welchem Verhältnis steht die europäische zur nationalen Identität?

Diese Fragen stehen auf dem Tagesprogramm; in jeder Gesellschaft werden sie anders behandelt und gelöst. Die Slowakei kann nur eine – mehr oder weniger interessante – Fallstudie darstellen.

Nationale Identitäten im Wandel der Zeiten

Identität ist zu einem alltäglichen Wort geworden. Aber was bedeutet es eigentlich? Es gibt verschiedene Definitionen, aber eines steht von vornherein fest: Identität ist eine zerbrechliche Entität. Sie kann nicht aufgezwungen werden, erst recht nicht durch Druck; aber sie kann selbst eine Kraft in gesellschaftlichen und politischen Prozessen sein. Dieser Begriff hat eine lange Geschichte. Er stammt aus dem lateinischen Wort *idem* – derselbe, der gleiche –, was Gleichheit und Übereinstimmung bedeutet. Der Begriff beinhaltet zwei wichtige Elemente; das eine bezieht sich auf Gleichheit, das andere intendiert die Verschiedenheit. Dem Identitätsbegriff kann man sich also auf zweifache Weise nähern: Man kann Personen auf der Basis von Ähnlichkeit oder auf der Basis von Verschiedenheit betrachten.

Die moderne Soziologie bezieht die Identität einer Person auf ihr individuelles Selbstwertgefühl und das Gefühl von den eigenen Ideen. Identität ist nicht einfach gegeben; sie muss stets hergestellt, erarbeitet werden. Dies drückt auch der Begriff *sich mit jemandem oder einer Sache identifizieren* aus, und zwar, wenn sich jemand z. B. mit einer Gruppe zu identifizieren vermag.

Bei den kollektiven Identitäten oder dem Wir-Gefühl dominiert in der modernen Welt die nationale Identität, die verschiedenste Funktionen erfüllt. Zu den wichtigsten gehört die Integrationsfunktion, die unter den Mitgliedern einer bestimmten Gruppe das Gefühl von Solidarität bzw. von Zusammengehörigkeit bewirkt, das auch als Mobilisierungsfaktor dienen kann. Die nationale Identität setzt sich zusammen aus Selbstempfindung, kollektivem Gedächtnis, historischen Erfahrungen und Traditionen sowie aus geographischen Bedingungen und kulturellen Charakteristiken einer Nation. Üblicherweise definiert sich eine Nation im Sinne von Verschiedenheit gegenüber anderen Na-

tionen, als Opposition zu denjenigen, die als *die anderen* wahrgenommen werden. Jede Identität ist auf gemeinsamen Symbolen aufgebaut, die allen gleichermaßen bekannt sein müssen, was aber keineswegs Uniformität bedeutet. Die österreichische Politikwissenschaftlerin Ruth Wodak formuliert dies wie folgt: „In seiner Ausrichtung auf *eine* nationale Geschichte hat das historische Gedächtnis ... die Tendenz zur ‚Objektivierung‘ der Darstellung, im Sinne des Versuchs, von den unterschiedlichen Versionen der Beschreibung eines Ereignisses zu abstrahieren und über die Universalisierung zu *einer* ‚gültigen‘ Darstellung zu gelangen. Das im Alltag und in seinen Symbolen und Riten verankerte kollektive Gedächtnis ist als Teil der Identität einer sozialen Gruppe hingegen pluralistisch wie die Gesellschaft selbst.“¹

In den letzten Jahren erlebten wir einen neuen Aufschwung des Nachdenkens über Identitäten, vor allem im Kontext der internationalen Beziehungen, der Erweiterung der Europäischen Union und der europäischen Integration. Viele sprechen von einer „Renaissance der Identitäten“. Einige Gründe für diese Entwicklung seien hier genannt. Es ist vor allem die neue Situation angesichts des Zusammenbruchs der totalitären Regime, der die Menschen in den Regionen Mitteleuropas an ihren kollektiven Identitäten zweifeln lässt. Seither wird die Frage der Identität mit einem Fragezeichen versehen. Das hat eine Diskussion hervorgerufen, wie sie die EU in diesem Ausmaß noch nicht erlebt hat. Die Behauptung, dass die neuen EU-Mitgliedsländer Teil einer europäischen Identität seien, ist eines der wenigen zugkräftigen Argumente für ihre Mitgliedschaft, da sie vom wirtschaftlichen Standpunkt her gesehen nicht viel zu bieten haben.²

Das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl wurde in den Jahren kurz nach der Wende sehr stark bemüht. Der Zusammenbruch des Kommunismus öffnete die Pandora-

büchse; sie war voll von enttäuschten Hoffnungen und geschichtlichen Ungerechtigkeiten. Das Verhältnis zwischen der nationalen und der europäischen Identität trat besonders Anfang der 1990er Jahre deutlich hervor. Das Motto hieß: *Zurück nach Europa*, und man fügte – mehr oder weniger unausgesprochen – hinzu: Wir gehörten immer schon zu Europa, aber wir waren bisher daran gehindert. Der europäische Diskurs wurde jedoch nicht weiter vertieft. Denn die Neudefinition der nationalen Identität hatte deutlich Vorrang. Die Prozesse der Transformation der Wirtschaft und die Konsolidierung der Demokratie wurden durch die Globalisierung noch intensiviert, was zu gespaltenen Formen der Identität führte. Die erste Reaktion, die sich einstellte, war ein Neonationalismus, der eine Verteidigungshaltung gegen die Globalisierung und supranationalen Entwicklungen darstellt.³

Der Niedergang der totalitären Regime in Mittel- und Osteuropa wurde von Formen neuer Identitäten begleitet – neuen Definitionen des *Wir* und auch des *anderen*. Jacques Rupnik⁴ hat dies treffend ausgesprochen, als er von der Suche nach einer *verwertbaren Vergangenheit* sprach. Je zerbrechlicher die nationale Identität ist, desto intensiver wird die Suche nach ihr. Deswegen ist die Wiederentdeckung der Geschichte ein gemeinsames Merkmal in den postkommunistischen Gesellschaften; sie ist eine natürliche Reaktion auf die kommunistisch diktierten Interpretationen, die historische Fehldeutungen waren.

Zeitgeschichtliche Aspekte

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Geschichte, die erinnert, vergessen und wieder erinnert wird, ein sehr wichtiger Bestandteil der sozialen Identität ist. Im Falle der Slowakei können wir einen fehlenden Konsens bezüg-

lich des Verständnisses der historischen Entwicklungen des Landes beobachten. Das Wiederentdecken der Geschichte ist in der Slowakei besonders heikel und kontrovers, da es sich um einen neuen Staat handelt. Es fehlt ein fundamentaler Konsensus darüber, was eigentlich die *guten alten Zeiten* waren, wie es zum Beispiel die Jahre der ersten Tschechoslowakischen Republik unter Thomas Garrigue Masaryk für die heutige Tschechische Republik sind. Die Schlüsselereignisse der modernen slowakischen Geschichte erfahren widersprüchliche Interpretationen.

Dies gilt vor allem für die geschichtliche Interpretation des faschistischen slowakischen Regimes in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und des slowakischen nationalen Aufstands, das diesen Staat niederwerfen wollte. Unmittelbar nach der Wende 1989 wurden diese Probleme zu dem am stärksten polarisierenden historischen Ereignis. Nationalisten (die vor allem durch die Slowakische Nationale Partei – SNS in der Politik vertreten waren) rechtfertigten den slowakischen Staat und bestritten seine totalitären Schatten von einst. Sie legten Wert darauf, dass es der erste unabhängige slowakische Staat in der Geschichte war. Jozef Tiso, katholischer Priester und 1939 bis 1945 Präsident des slowakischen Staates,⁵ und der 14. März,⁶ der Jahrestag der Staatsgründung, wurden zum Symbol für die slowakischen Unabhängigkeitsbemühungen und die slowakische Souveränität. Tiso, 1947 als Kriegsverbrecher hingerichtet, wurde noch anlässlich seines 50. Todestages von nationalistischer Seite als „großer Sohn des slowakischen Volkes“ und „Märtyrer, der das Volk und das Christentum gegen Bolschewismus und Liberalismus verteidigt hat“ bezeichnet⁷. Obwohl es den extremen Nationalisten nicht gelungen ist, eine breite öffentliche Unterstützung für ihre Interpretation zu finden, bleibt der faschistische slowakische Staat bis heute ein polarisierendes Thema.⁸

Auf der anderen Seite hat man manchmal das Gefühl,

die Slowakei hätte die kommunistische Vergangenheit vollkommen vergessen. Diese geschichtliche Periode wird mit Gleichgültigkeit registriert. Die kommunistische Vergangenheit vieler Politiker war keineswegs ein Hindernis bei ihrer Karriere nach der Wende 1989/90. So erinnert sich noch ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung heute mit nostalgischen Gefühlen an das kommunistische Regime und hebt seine Vorteile gegenüber der Zeit nach der Wende hervor.⁹

Meinungsumfragen, die sich mit dem Verhältnis der Bevölkerung zur Vergangenheit beschäftigten, haben kurz nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gezeigt, dass viele Slowaken keine historische Persönlichkeit benennen können, auf die sie stolz sind. Während sich die Tschechen mehrheitlich auf T. G. Masaryk einigten, antworteten 40 % der befragten Slowaken, dass es eine solche Persönlichkeit nicht gebe oder sie blieben ohne Antwort. Am häufigsten genannt wurden Milan Rastislav Štefánik mit 28 %, einer der Gründer der Tschechoslowakei, und L'udovít Štúr (20 %), ein Philologe, der im 19. Jahrhundert die slowakische Literatursprache begründete. Die meistgenannten „heldenhaften“ Persönlichkeiten der slowakischen Geschichte sind der Umfrage gemäß M. R. Štefánik, L'. Štúr und Alexander Dubček.

Ein weiteres wichtiges Kapitel der kontroversen slowakischen Geschichte ist das Verhältnis zur Tschechoslowakei. Für die Tschechen war die erste Tschechoslowakische Republik von 1918 immer ein Ideal, eine Quelle der demokratischen Tradition mit Zukunft. Für die Slowaken war dieses Thema jedoch viel heikler. Der Historiker L'ubomír Lipták bemerkt deutlich die Differenzen zwischen der historischen Interpretation gemeinsam erlebter Ereignisse seitens der Tschechen und der Slowaken, wenn er schreibt: „... obwohl wir so viele Ereignisse zusammen durchgelebt haben, scheint es, als hätten wir sie anders erlebt. Obwohl

wir viele Traditionen gemeinsam haben, gewähren wir ihnen verschiedene Wichtigkeit, verschiedenen Wert, vielleicht sogar verschiedene Bedeutung. Es gibt viele Jahre, die einen prominenten Platz in den historischen Kalendern beider Völker vertreten, zum Beispiel 1848, 1918, 1938, 1948, 1968 oder 1989, aber wir sehen sie aus anderen Perspektiven. Alle diese Ereignisse sind in den historischen Gedächtnissen beider Völker wie Bilder mit gemeinsamen Konturen, aber verschiedenen Farben und Größen. Manche Menschen bewahren diese Bilder an besonderen Stellen in ihren Wohnzimmern auf, während andere sie versteckt hinter ihre Schränke hängen oder sogar schon vor langer Zeit weggeworfen haben.“¹⁰

Ein bedeutender Schritt im Prozess der Vergangenheitsbewältigung war die Gründung des „Instituts für Volksgedenken“ im Jahr 2002. In der Präambel des Nationalratsgesetzes über das „nationale Gedächtnis“ heißt es: „Derjenige, der seine Vergangenheit nicht kennt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen. Kein widerrechtliches Handeln des Staates gegen seine Bürger darf als Geheimnis bewahrt werden oder vergessen werden.“ Das Institut bemüht sich, dass kein Name eines Nazi- oder Kommunismusopfers in der Slowakei je vergessen wird, dass die Verbrechen, die die staatliche Macht gegen die wehrlose Bevölkerung in der Zeit der Unfreiheit begangen hat, aufgeklärt werden.

Als Katalysator der Vergangenheitsbewältigung diene die Veröffentlichung der Listen mit den Namen ehemaliger Mitarbeiter der tschechoslowakischen Staatssicherheit (ŠtB). Die Politiker versuchten, die Tatsache, dass sich in einschlägigen Dokumenten Namen von Personen in öffentlichen Funktionen befanden, zu ignorieren. Unter dem Druck der Medien musste jedoch ein Vizeminister, Nominierter der größten Regierungspartei, zurücktreten. Weitere inkrimierte Politiker sind im Gespräch. Die Aktivi-

täten des Instituts, wie auch andere Affären (darunter einige Richter, die loyal zum kommunistischen Regime standen und gegenwärtig Richter am Obersten Gericht sind) lösten massive Diskussionen über die Vergangenheit aus. Obwohl diese Themen vornehmlich im Rahmen eines engeren Kreises von Intellektuellen und Journalisten erörtert wurden, behandelten sie doch ein sehr wichtiges, grundsätzliches Problem, nämlich die Frage, ob man nicht endlich einen Strich unter die Vergangenheit machen soll, den sich viele Bürger wünschten.

Charakterzüge slowakischer Identität

Mehrere Jahrhunderte hat sich die slowakische Identität in Konfrontation mit den Nachbarn, vor allem den Ungarn und den Tschechen entwickelt. Slowaken wollten immer ein gleichberechtigter Partner dieser Völker sein, aber sie haben es nie geschafft, einen eigenen Staat aufzubauen. Der *historische Kampf für den slowakischen Staat* ist ein tief verwurzelter Mythos. Historiker verweisen darauf, dass dieser Kampf nur sehr kurze Zeit gedauert hat und nur von einem Bruchteil der politischen Elite ausgefochten wurde. Die existentielle Frage der slowakischen nationalen Identität ist zugleich die *slowakische Frage*. Peter Zajac schrieb in seinem Buch „Der Traum von einem Land“, dass die slowakische Frage aufhörte primär eine ungarisch-slowakische oder tschechisch-slowakische Frage zu sein. Paradoxerweise scheint es, dass sie sich zu einer slowakisch-slowakischen Frage entwickelt hat.¹¹

Das Schlüsselement jeder Art von kollektiver Identität ist die Konstruktion von *den anderen* und die damit verbundene Polarisierung von *uns* und *den anderen*. In der Zeit nach der Gründung der unabhängigen slowakischen Republik konzentrierte sich das Feindbild von *den anderen*

innerhalb des eigenen Landes. *Wir* hieß damals *wir gute Slowaken*, d. h. die Befürworter einer unabhängigen Slowakei. *Die anderen* waren die *bösen Slowaken*, d. h. vor allem Föderalisten, Unionisten und dergleichen. Dazu gehörten auch Mitglieder der ungarischen Minderheit, denen vorgeworfen wurde, die territoriale Integrität des Landes zu zerstören, die südliche Slowakei an Ungarn anschließen oder die Autonomie dieses Gebiets herbeiführen zu wollen.

Die Gegner, die anderen, vollzogen in dieser Vorstellungswelt einen beachtlichen Wandel. Anfang der 1990er Jahre waren es dann äußere *Feinde* wie die Tschechen, der Prager Zentralismus, die harten ökonomischen Reformen von Václav Klaus und die Föderation. Dies waren Faktoren, die im Sinne der Nationalisten die Haupthindernisse für die slowakische Souveränität darstellten.

Zwölf Jahre nach der „samtenen Scheidung“ änderten sich jedoch die Ansichten über die Teilung der Tschechoslowakei in zwei souveräne Länder beträchtlich. Am häufigsten wird jetzt die Meinung vertreten, dass „ich dagegen war, mich aber jetzt damit abgefunden habe“. Das behauptet ungefähr ein Drittel (32 % bzw. 31 %) der slowakischen und tschechischen Befragten. Der Anteil der heutigen Befürworter der Teilung übertrifft bei weitem den Anteil der Gegner (Slowakei: 61 % zu 39 %; Tschechien 72 % zu 28 %). Die Ansichten der gewöhnlichen Bürger sind vermutlich nicht nur eine Rationalisierung der politischen Entscheidung, zu der sie sich nie in einem Referendum äußern konnten. In der Slowakei kommt zum Problem der Identifizierung mit der Teilung auch noch der Kampf um den demokratischen Charakter des Staates, die Niederlage des „Mečiarismus“ bei den Wahlen 1998 und 2002, das Aufholen des Integrationsdefizits und die reformbegeisterte Regierung seit den Wahlen 2002 hinzu. Dank des Reformkurses spricht man im Jahr 2004 von der Slowakei in Superlativen. Die Metapher „des schwarzen Lochs Euro-

pas“ wurde durch die des „Tatra-Tigers“ oder „mitteleuropäischen Tigers“ ersetzt. Obwohl beide Metaphern natürlich eine Übertreibung darstellen, so markieren sie doch einen Teil der Identität des Landes.

Auf dem Weg zu einer europäischen Identität?

Der Traum der Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft war es, mit der Integration Europas auch eine europäische Identität entstehen zu sehen. Die europäische Identität sollte nicht nur nationale Identitäten ersetzen. Sie sollte stark genug sein und von europäischen Bürgern empfunden werden, um aus der EU eine wirkliche politische Entität werden zu lassen.¹²

Viele Euroskeptiker behaupten, dies sei nur ein leerer Traum, ein leeres Konzept und eine intellektuelle Konstruktion. Europäische Identität müsse aus dem Zugehörigkeitsgefühl der Bürger mit dem europäischen Staat entstehen. Dieser Staat müsse die Identität jeder Gruppe respektieren, aber auch nationale Identitäten. Die EU hat gemeinsame Institutionen, eine gemeinsame Währung, eigene Symbole u. a. m. Zynisch könnte man sagen: Jetzt braucht sie nur noch ein Volk, ein *demos*, dessen Formierung und Relevanz meistens jedoch mit großer Skeptik angesehen wird.

Die europäische Identität existiert Seite an Seite mit einer Vielzahl politischer, wirtschaftlicher und bürgerlich-gesellschaftlicher Institutionen – eine Identität, die man als Identität der EU-Bürger bezeichnen könnte, die aber nicht deckungsgleich mit Europa-Identität ist. Sie definiert sich anhand der gemeinsamen Zukunft der Völker, die Mitglieder der EU sind. Es handelt sich dabei um eine Identität, die man versucht hat, von oben aufzusetzen. Sie besteht aus Fragmenten der europäischen Identität, die mit politischen und ökonomischen Zielen der EU zusammen-

gebracht werden, ferner aus der EU-Staatsbürgerschaft (diese betrifft gemeinsame Bürgerrechte, die eine Quelle der Identifikation sind), einer europäischen Flagge und Hymne. Das Konzept der Staatlichkeit wird also nicht durch eine existierende Identität legitimiert, vielmehr wird umgekehrt die Identität durch Nationalstaatsattribute auf der supranationalen Ebene gerechtfertigt.

Die EU wird nur dann eine solide Basis der Legitimität besitzen, wenn die Europäer eine eigene europäische politische Identität entdecken. Das bedeutet nicht, dass sie sich nicht mehr als Schweden, Finnen, Franzosen oder Tschechen fühlen werden; vielmehr wird sich das europäische Zugehörigkeitsgefühl diesen Identitäten beigesellen. Es geht hierbei nämlich um Komplementarität, nicht um Exklusivität oder Konkurrenz. Nur langfristiges, geduldiges Zusammenwachsen kann die Basis für ein demokratisches, von seinen Bürgern akzeptiertes Europa bieten.

Die EU-Debatte in der Slowakei

Im Vergleich zu anderen mitteleuropäischen Staaten hat die EU-Debatte in der Slowakei erst relativ spät begonnen. Der Hauptgrund dafür ist, dass etwa bis zum Jahr 1998 die Frage nicht etwa lautete, „*Wollen wir die EU*“, sondern: „*Will die EU uns?*“ Eine intensivere öffentliche Diskussion über unsere europäische Zukunft und Anfragen an Europa entfachte sich sehr langsam. Man kann beinahe auch sagen, dass das Beitrittsreferendum 2003 einen Konsens ohne begleitende Diskussion darstellte. Davon zeugt auch die hohe Anzahl der Befürworter (93 %) bei relativ niedriger Beteiligung (52 %).

Die Unterstützung für einen EU-Beitritt seitens der slowakischen Öffentlichkeit war lange Zeit sehr hoch, was unter anderem durch den breiten Konsens der politischen

Parteien und gesellschaftlicher Eliten in dieser Frage bedingt war. Andererseits war diese Unterstützung ziemlich lau, schwach und unpersönlich. Vorteile des Beitritts wurden eher für das Land und die Region erwartet, nicht so sehr für den Einzelnen oder die Familie.

Die Art und Weise, in der die Medien die Frage der europäischen Erweiterung gehandhabt haben, war für die Öffentlichkeit nicht besonders attraktiv. Die Diskussion war viel zu allgemein, zu technokratisch und bürokratisch. Die Präsentation engagierter Zustimmung und Ablehnung fehlte weitgehend, das ganze Thema wurde überdies in einer zu abstrakten und politisierten Sprache behandelt. Im Laufe der Debatte gab es eigentlich keine richtigen EU-Gegner, die mit Argumenten gegen die Befürworter angetreten wären. So war die Haltung des *Ja, aber* sehr verbreitet.

Am deutlichsten noch war die kritische Haltung in der Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) auszumachen, die von den Parteien der seit 1998 (der zweiten Wahlperiode) führenden Regierungskoalition getragen wird. Die KDH war bemüht, sich als konservative Partei zu profilieren und rief zur Verteidigung der slowakischen Souveränität in der EU auf. Im Januar 2002 legte sie im Parlament die *Deklaration zur Souveränität von EU-Mitgliedsländern und Kandidatenländern in kulturellen und ethischen Fragen* vor. Das Ziel der Deklaration war es, an die EU zu appellieren, die Souveränität der einzelnen Staaten in kulturellen und ethischen Fragen zu respektieren. In der Praxis würde das bedeuten, die Entscheidungen in wichtigen kulturellen und ethischen Fragen ausschließlich den Staaten zu überlassen.

Diese Initiative wurde auch nach den Wahlen 2002 fortgesetzt; man schlug vor, eine Deklaration zur Souveränität auch auf den Gebieten der Steuer-, Sicherheits- und Außenpolitik, ferner des Strafrechts, des Pensionssystems sowie des Bildungswesens, der Kultur und der Ethik zu verab-

schieden. Die KDH erhielt jedoch für ihren Vorschlag nicht die Unterstützung der Regierungskoalition. Die christdemokratischen Abgeordneten behaupteten, es sei ihr Ziel, genau festzulegen, was künftig in Bratislava und was in Brüssel entschieden wird. Die Themenbereiche, die in der Deklaration genannt waren, sind heute in der Kompetenz der Staaten, oder sie müssen in der EU einstimmig entschieden werden. Das heißt, dass die Slowakei bereits ein Veto in diesen Fragen hat.

Nach dem EU-Beitritt des Landes am 1. Mai 2004 war plötzlich ein geistiges Vakuum zu spüren. Die gesamte Politik war bis dahin so stark auf die EU-Problematik konzentriert, dass sich nach dem Beitritt mit einem Mal die Frage stellte, wie man mit der neuen Situation umgehen solle, welche Position man jetzt beziehen solle. Zum stärksten Kritiker einer Föderalisierung der EU avancierte die Christdemokratische Bewegung.¹³ Es ist eine Besonderheit der Slowakei, dass hier die Christdemokraten ihre antiliberale Haltung mit EU-Kritik verbinden. Die Europäische Union wird nämlich in der traditionell christlich geprägten Slowakei als zu liberal angesehen.

Gegenwärtig wird in der slowakischen Gesellschaft die Kontroverse zwischen liberalen und konservativen Positionen lautstark geführt. Dabei geht es um Themen wie die Abtreibung, Antidiskriminierungsgesetze und die Rechte sexueller Minderheiten. Der Gründer und erste Vorsitzende der KDH, Ján Čarnogurský, erklärte bereits 1991, dass nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die traditionell christliche Slowakei es mit einem neuen Feind zu tun habe, dem Liberalismus. Diese Konfrontation wurde wegen des elementaren Kampfes um die Demokratie aufgeschoben, aber nicht aufgehoben.

Konkrete Themen der Europa-Diskussion

Das am intensivsten diskutierte Thema der Europapolitik war der Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents vom 18. Juli 2003.¹⁴ Zum entschiedensten Kritiker gehört auch in dieser Frage die KDH, die darauf hinsteuerte, dass der Verfassungsentwurf durch ein Referendum ratifiziert wird. Die Vorbehalte der KDH galten hauptsächlich der allgemeinen Stärkung der EU als einem zentralisierten Superstaat. Die KDH bevorzugte die Beibehaltung der nationalen Souveränität. Konkrete Argumente zielten auf die EU-Grundrechts-Charta. Innenminister Vladimír Palko argumentierte im Parlament: „Menschen- und Bürgerrechte zu formulieren gehört zu den Attributen eines Staates.“¹⁵

Ähnliche Argumentationen wurden von Justizminister Daniel Lipšic in die Diskussion gebracht: „Als Politiker muss ich sagen, dass die Charta einen linken Hauch hat. Als Jurist muss ich sagen, dass die Inkorporation der Charta als verbindliches Dokument im Verfassungsvertrag Chaos verursachen könnte. ... Die Slowakei sollte sich den Ländern anschließen, die verlangen, dass die Menschenrechts-Charta nicht zu einem integralen Bestandteil des Verfassungsvertrags wird.“

Weitere Argumente betrafen den Gottesbezug in der Präambel des Verfassungsvertrags. Der erste slowakische EU-Kommissar und frühere Abgeordneter Ján Figel' bemerkte dazu: „Die Einheit Europas kann nicht nur auf ökonomischen Beweggründen und geographischen Faktoren basieren. Die wahre Einheit basiert auf dem Einklang grundlegender Werte. Dieser Einklang ist die Grundlage geistiger Einheit bzw. des kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls der Völker ... Wir sind davon überzeugt, dass der Gottesbezug eine Bekennung zur obersten Autorität darstellt.“ Und Minister Palko bemerkte: „Ein Bezug zum Christen-

tum wäre einfach die ehrliche Wahrheit über dessen Bedeutung in der europäischen Geschichte.“

Im Herbst 2004 begann auch in der Slowakei eine sehr oberflächlich geführte Debatte über die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Der Standpunkt der Christdemokraten war prinzipiell abweisend, wobei mit kulturellen Differenzen der Türkei argumentiert wurde. Der Vorsitzende der KDH, Pavol Hrušovský meinte: „Die moslemische Türkei gehört nicht nach Europa.“

Die Mitte-Rechts-Partei, Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKÚ), und der Premierminister, Mikuláš Dzurinda, hingegen begründeten ihre Ablehnung mit dem Argument, dass die muslimisch geprägte Türkei eine Sackgasse sei, „wir sind gegen den Beitritt der Türkei, weil diese die Beitrittsbedingungen nicht erfüllt“. Die linke Oppositionspartei SMER wie auch mehrere linke Intellektuelle äußerten sich dagegen zustimmend zur Türkei.

Die Debatte über die Türkei wurde zur ersten europäisch-außenpolitischen Diskussion in der Slowakei, die ganz und gar kontrovers geführt wurde. Ähnlich war es auch beim Irak-Krieg, doch war damals die Slowakei noch nicht Mitglied der EU und der NATO. Die öffentlichen Ansichten über die komplizierten Fragen der europäischen Politik sind vor allem durch den hohen Anteil „meinungsloser“ Reaktionen und Beiträge gekennzeichnet. In einer Umfrage im Herbst 2004 stimmten z. B. 40 % der Befragten der Europäischen Verfassung zu, 18 % waren dagegen, 23 % waren gleichgültig und 19 % wollten oder konnten sich dazu nicht äußern.¹⁶ Man muss aber in Betracht ziehen, dass die Ansichten über den Europäischen Verfassungsvertrag auf einer sehr oberflächlichen Kenntnis dieses Dokuments beruhen.¹⁷ Ähnlich verhält es sich auch mit der Frage des Türkei-Beitritts: 31 % antworteten auf die Frage zu einer möglichen Mitgliedschaft der Türkei mit „ich weiß nicht“.

Diese Beispiele illustrieren, wie schwierig es für die Menschen in der Slowakei sein wird, den Ansprüchen gerecht zu werden, die durch den neuen internationalen europäischen Status der EU-Mitgliedschaft entstehen. Die Bürger und die politischen Eliten müssen sich künftig mit einer Fülle von Fragen beschäftigen, die zuvor nie gestellt wurden. Die kognitive Dissonanz, die für einen großen Teil der slowakischen Öffentlichkeit charakteristisch ist, zeigt sich aber auch in den großen Orientierungsproblemen der slowakischen Eliten. Es ist offenbar, dass tiefergehende und weiterreichende öffentliche Diskussionen über die europäische Integration der Slowakei noch bevorstehen.

Die EU-Mitgliedschaft, die neue Bürgergesellschaft und die Frage der Identität

Bei der Frage der europäischen Identität geht es auch um die Frage der Partizipation der Mitgliedsländer an den europäischen öffentlichen Angelegenheiten. Slowakische Bürger stimmten im EU-Referendum gar mit 92 % für den Beitritt, aber viele waren von der niedrigen Beteiligung enttäuscht. Sie war mit 52 % niedriger als in Polen und der Tschechischen Republik, aber höher als in Ungarn. Ein prozentualer Vergleich der Beteiligung in den verschiedenen EU-Ländern zeigt, dass diese in den Staaten niedrig war, in denen keine starke Opposition gegen den Beitritt auftrat und in denen die Unterstützung durch die Bevölkerung dauerhaft hoch war. In diesen Ländern war der Anteil der Gegenstimmen marginal, dafür war die Beteiligung am Referendum aber auch schwach und unpersönlich. Weitere Gründe für die niedrige Beteiligung waren geringe Erfahrungen mit dem Instrument des Referendums, die kritische Beurteilung der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung, die Absicht, durch Absenz beim Referendum Kritik

an der Regierung zu bekunden, ferner die Gewissheit über einen ohnehin positiven Ausgang, das schwache Werben der Regierungsparteien für den Beitritt und nicht zuletzt die schwache Kampagne, welche die Eindeutigkeit des Themas und die zu große Allgemeinheit der öffentlichen Diskussion widerspiegelte.

In der historischen Stunde der ersten Europawahl hat sich die Slowakei mit einer äußerst niedrigen Beteiligung hervorgetan. Nur 17 % der Bürger beteiligten sich an der Wahl von 14 Abgeordneten zum Europäischen Parlament. Das war ein absoluter Minusrekord, nicht nur bezüglich der Wahlen 2004, sondern in der gesamten Geschichte der Europawahlen. Drei Parteien der Regierungskoalition (SDKÚ, KDH und SMK) werden mit ihren zusammen acht Mandaten die Reihen der Europäischen Volkspartei (EPP) stärken. Die oppositionelle Partei SMER, wird der Fraktion der Europäischen Sozialisten beitreten. Die nationaldemokratische LS-HZDS gehört keiner parlamentarischen Gruppe an. Die Ergebnisse der Slowakei folgten nicht dem europäischen Trend, durch den die Opposition und euroskeptische sowie Anti-EU-Parteien gestärkt wurden. Kommunisten, Nationalisten und andere antieuropäische Parteien scheiterten an der 5 %-Klausel.

Bei der Suche nach den Gründen für die niedrige Wahlbeteiligung sind mehrere Faktoren zu nennen. Zunächst ist vor allem eine allgemeine Wahlmüdigkeit oder Wahlverdrossenheit zu nennen, denn es war schon die dritte Abstimmung in einer relativ kurzen Zeitspanne (zwei Wahlrunden gab es zuvor bei der Präsidentenwahl, hinzu kam die Abstimmung im Rahmen eines Volksbegehrens für die Verkürzung der Wahlperiode). Eine weitere Erklärung betrifft vor allem die politischen Parteien und die Eliten, die allgemein ihr Desinteresse an diesen Wahlen kundtaten. Die Europawahl war in der Rangordnung der politischen Parteien eine Wahl zweiter Ordnung – ein Um-

stand, der sowohl bei der Auswahl der Kandidaten wie auch in deren Wahlkampagnen deutlich zum Ausdruck kam. Den Wahlkampagnen fehlte der mobilisierende Effekt; die einzelnen Parteien unterschieden sich nicht oder nur wenig in ihren Haltungen und Parolen. Positiv ist allerdings zu bewerten, dass sich – anders als in vielen anderen EU-Ländern – bei den Wahlen zum Europaparlament in der Slowakei vor allem die proeuropäisch orientierten Koalitionsparteien behaupten konnten und nicht die Parteien, die ihre Wähler durch Anheizen von Anti-EU-Ressentiments zu mobilisieren versuchten.

Wie in anderen Beitrittsländern haben auch in der Slowakei viele Menschen das Gefühl, sie wären in der Union *Bürger zweiter Klasse* (nach einer Umfrage unseres *Institute for Public Affairs* in Bratislava waren es im Sommer 2003 ungefähr zwei Drittel). Diese Einstellung wird einerseits von außen beeinflusst, zum Beispiel durch zumeist gut gemeinte Bewertungen westlicher Politiker. Dagegen können wir nichts tun. Aber dieses Gefühl wird auch durch inländische Politiker und Medien erzeugt. Unter anderem durch eine Rhetorik, die versucht, uns vor der EU zu warnen oder „Schutz“ zu gewähren. Dabei sollten doch gerade die meinungsschaffenden Eliten das Gefühl der Minderwertigkeit und der Zwei-Klassen-Ideologie bekämpfen und im Gegenteil daran erinnern, dass wir jetzt schon zur Europäischen Union gehören und in Brüssel vertreten sind. Wir sind nicht Objekt, sondern Subjekt dessen, was in der Union geschieht und was in ihr entschieden wird. Der junge slowakische Historiker, Pavol Lukáč, hat zu diesem Thema treffend bemerkt: „... das Risiko, dass wir zur zweiten Kategorie werden, besteht nicht von Seiten der Union, sondern von Seiten unserer komplexen politischen und konzeptuellen Unvorbereitetheit auf alle Aspekte unserer Mitgliedschaft.“¹⁸

Was bringt die Zukunft?

Die Slowakei ist ein kleines mitteleuropäisches Land, das in seiner modernen Geschichte verschiedene Regime und Staatsordnungen erlebt hat und dessen Entwicklung immer wieder durch historische Diskontinuität gekennzeichnet ist. Aus diesem historischen Erbe ist ein Minderwertigkeitskomplex erwachsen, aber auch ein reduziertes Interesse am Weltgeschehen und an der internationalen Politik. Die Vollmitgliedschaft in der NATO und EU war nicht nur ein strategisches Ziel der politischen Eliten; sie entsprach auch dem Wunsch der Mehrheit der slowakischen Bevölkerung. Nachdem durch die Mitgliedschaft diese Ziele erfüllt sind, zeigt sich, dass der Beitritt kein punktuellere Ereignis, sondern ein komplexer, dynamischer Prozess sein wird. Die slowakische Öffentlichkeit steht vor neuen großen Herausforderungen und Chancen. Der Faktor der mentalen, sozialpsychologischen und politischen Offenheit des Landes spielt zunehmend eine wichtigere Rolle.

Die Slowakei präsentierte sich der europäischen Szene durch eine besonders niedrige Beteiligung der Bürger bei den Wahlen zum Europaparlament 2004. Der Hauptgrund hierfür waren jedoch nicht Einwände gegenüber der EU und der europäischen Politik – im Gegenteil. Die slowakische Öffentlichkeit ist mit der EU-Mitgliedschaft zufrieden und nimmt die Auswirkungen positiv wahr. Wir können also sagen, dass das besagte Desinteresse vielmehr die Folge einer bestimmten Indifferenz, einer gewissen Gleichgültigkeit ist und nicht einer Unzufriedenheit mit Europa oder gar einem Protest gegen die EU-Mitgliedschaft zugeschrieben werden kann. Die volle EU-Mitgliedschaft hatte nicht nur für die politischen Eliten Priorität, sondern wurde auch von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gewünscht. Die ersten Monate der Verwirklichung des *europäischen Traumes* zeigen, dass die Adaptions-

und Transformationsprozesse nach dem Beitritt keineswegs ein abgeschlossenes Kapitel darstellen, sondern einen dynamischen – wenngleich keinen linearen – Prozess. Die slowakische Öffentlichkeit muss sich den neuen Herausforderungen und Chancen stellen. Die europäische und internationale Öffnung der Slowakei wird zukünftig immer mehr positive Wirkungen zeitigen. Aus der Sicht der Arbeit der Europäischen Union wäre es deshalb sicher wünschenswert, wenn die slowakische Politik und Gesellschaft europäische Themen künftig engagierter angehen würde – auch wenn das Land gegenüber bestimmten Aspekten der EU-Mitgliedschaft einen kritischen Standpunkt einnimmt.

Anmerkungen

¹ Ruth WODAK/Rudolf DE CILLIA u. a., *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*, Frankfurt a.M. 1998, S. 35.

² Peter DRULÁK, *Introduction: The Return of Identity to European Politics*, in: DERS. (Hg.), *National and European Identities in EU Enlargement*, Prag 2001, S. 11–20.

³ Jozsef BAYER, *Competing Identities – National European?*, in: *Neonationalism and Europeanization*, CEPISA-Conference 2001. *The European Enlargement Process. Between 'Western Acculturation' and Regional Differences* (Abstracts der Konferenz des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts und der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft Wien).

⁴ Vgl. Jacques RUPNIK/Ján ZIELONKA (Hg.), *The road to the European Union. Bd. 1: The Czech and the Slovak Republics*, Manchester 2003.

⁵ Jozef Tiso, (*1887), 1938/39 bis 1945 zugleich Vorsitzender der klerikal-nationalistischen Slowakischen Volkspartei (Hlinka-Partei), floh nach der Besetzung der Slowakei 1945 in ein Kloster nach Altötting in Bayern, wurde jedoch von der amerikanischen Besatzungsmacht aufgespürt, an die Tschechoslowakei ausgeliefert und 1947 hingerichtet. Vgl. Tilman BERGER, *Slowakei und Jozef Tiso*, in: Peter REHDER (Hg.), *Das neue Osteuropa von A–Z*, München ²1993, S. 633–635, 699.

⁶ Am 14. März 1933 beschloss das Slowakische Parlament die Errichtung eines slowakischen Staates, der – faktisch von Deutschland abhängig – in der Verfassung vom 21. Juli 1939 als „nationaler christlicher Staat“ deklariert wurde.

⁷ So eine Erklärung der SNS zum 50. Jahrestag von Tisos Hinrichtung im April 1997.

⁸ Im Oktober 1997 bewerteten 59 % der slowakischen Bürger den Nationalen Aufstand als eine positive Periode in der slowakischen Geschichte, während 27 % den slowakischen Staat, der als „Schutzstaat“ vom nationalsozialistischen Deutschland abhängig war, während des Zweiten Weltkriegs als positiv empfanden (vgl. Zora BÚTOROVÁ, *Democracy and Discontent*, Bratislava 1998, S. 192).

⁹ Erklärung der SNS (wie Anm. 7).

¹⁰ L'ubomír LIPTÁK, *Storočie dlhšie ako sto rokov'* (Jahrhundert, länger als hundert Jahre), Bratislava 1999.

¹¹ Peter ZAJAC, *Sen o krajine* (Ein Traum von einem Land), Bratislava 1996.

¹² „Die europäische Identität stellt nicht nur eine Vertretung der nationalen Identität dar, vielmehr sollte sie stark genug sein und stark genug von europäischen Bürgern empfunden werden, damit sich die EU zu einer wahren und wirklichen politischen Entität entwickeln kann.“ Vgl. Sophie DUCHENSE/Andre-Paul FROGNIER, *Is there a European Identity?* in: Oskar NIEDERMAYER/Richard SINNOTT (Hg.), *Beliefs in Government*, Bd. 2: *Public Opinion and the Internationalized Governance*, Oxford 1995, S. 193.

¹³ Zur christlich-demokratischen Bewegung und Parteipolitik in der Slowakei vgl. Imrich SKLENKA, *Christliche Demokratie in der Slowakei*, in: Günter BUCHSTAB/Rudolf UERTZ (Hg.), *Christliche Demokratie im zusammenwachsenden Europa. Entwicklungen, Programmatik, Perspektiven*, Freiburg i.Br. 2004, S. 317–335.

¹⁴ Vgl. Vertrag über eine Verfassung für Europa. Entwurf des Europäischen Konvents vom 18. Juli 2003, hg. von Thomas LÄUFER, Bonn 2004.

¹⁵ Parlamentsdiskussion zum Entwurf der EU-Verfassung, NR SR, Bratislava vom 23.9.2003.

¹⁶ *Názory občanov na euroústavu* (Einstellungen der Bürger zur EU-Verfassung). Informatívne správy Štatistického úradu Slovenskej republiky, 26.10.2004.

¹⁷ Nur 2 % der Befragten gaben an, die EU-Verfassung gut zu kennen, 19 % konstatierten oberflächliche Kenntnisse, 77 % der Bevölkerung kannten das Dokument überhaupt nicht, EBD.

¹⁸ Pavol LUKÁČ, *Dejiny a zahraničná politika v strednej Európe* (Zeitgeschichte und Außenpolitik in Mitteleuropa), Bratislava 2004, S. 323.